

PRAAMEL
Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches vom 27.08.1997 (BGBl. Nr. 61/97), geändert am 24.06.2004 durch das Europarechtsanpassungsgesetz Bau (BGBl. 2004, Teil 1 Nr.31), in der derzeit gültigen Fassung, sowie des § 90 Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt (Bau O.LSA) vom 01.05.2001 (GVBl. LSA Nr. 6, S.50) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 9 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) hat der Stadtrat, der Stadt Köthen (Anhalt) die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 "Geuzer Strasse" bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den nebenstehenden textlichen Festsetzungen (Teil B), als Satzung beschlossen und und die Begründung gebilligt:

Verfahrensvermerke
Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) hat in seiner Sitzung am 11.09.2008 die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 "Geuzer Strasse" im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB beschlossen. Von einer Umweltprüfung nach § 2 (4) und einem Umweltbericht nach § 2a BauGB wurde gemäß § 13 (2) BauGB verzichtet.
Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 (1) BauGB am 26.09.2008 ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Köthen (Anhalt) bekannt gemacht worden

Köthen (Anhalt), den 20.11.2009
Der Oberbürgermeister

Auf die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 (1) und 4 (1) BauGB wurde gemäß § 13 (2) BauGB verzichtet

Köthen (Anhalt), den 20.11.2009
Der Oberbürgermeister

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 06.03.2009 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Köthen (Anhalt), den 20.11.2009
Der Oberbürgermeister

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) hat in seiner Sitzung am 02.04.2009 dem Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes sowie der dazugehörigen Begründung ohne Umweltbericht zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 23.04.2009 ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Köthen bekannt gemacht.
Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes, sowie die dazugehörige Begründung ohne Umweltbericht haben vom 04.05.2009 bis 05.06.2009 gemäß § 3 (2) BauGB in der Stadtverwaltung Köthen (Anhalt), Abteilung Stadtplanung, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen

Köthen (Anhalt), den 20.11.2009
Der Oberbürgermeister

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) hat die 2. Änderung des Bebauungsplanes nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gemäß § 3 (2) BauGB in seiner Sitzung am 22.10.2009 als Satzung (§ 10 BauGB) beschlossen sowie die Begründung ohne Umweltbericht gebilligt.

Köthen (Anhalt), den 20.11.2009
Der Oberbürgermeister

Die Satzung der 2. Änderung des Bebauungsplanes ist am 20.11.2009 im Amtsblatt der Stadt Köthen (Anhalt) bekannt gemacht worden.

Der Bebauungsplan ist damit am 20.11.2009 in Kraft getreten.

Köthen (Anhalt), den 20.11.2009
Der Oberbürgermeister

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr.11 sind eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gemäß § 214 (1) Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB und beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs gem. § 214 (3) Satz 2 BauGB nicht geltend gemacht worden.

Köthen (Anhalt), den
Der Oberbürgermeister

Ausfertigung
Es wird hiermit bestätigt, dass die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr.11 nebst Begründung in der Fassung vom 09.09.2009 dem Satzungsbeschluss des Stadtrates der Stadt Köthen (Anhalt) am 22.10.2009 zu Grunde lag.

Köthen (Anhalt), den 20.11.2009
Der Oberbürgermeister

TEIL B – TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

A Textliche Festsetzungen gem. § 9 (1) BauGB

§1 Art der baulichen Nutzung

- Die Festlegung der Nutzungen erfolgt in Teilgebieten
- WA 1 – unter § 4 (3) Nr. 5 BauNVD ausnahmsweise zulässig
- WA 2 – zulässig sind Wohngebäude
- WA 3 – die Ausnahmen nach § 4 (3) BauNVD sind nicht zulässig
- WA 4 – zulässig sind Wohngebäude
- WA 5 – die Ausnahmen nach § 4 (3) BauNVD sind nicht zulässig

§2 Maß der baulichen Nutzung, Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche

- (1) Eine Überschreitung der festgesetzten Grundflächenzahl (GRZ) gemäß § 19 (4) BauNVD ist nicht zulässig
- (2) Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVD sowie Garagen und Carports gemäß § 12 BauNVD sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche (festgesetzt durch Baulinien und Baugrenzen) zulässig
- (3) Geräteschuppen und andere Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVD sind bis zu einer Grundfläche von max. 10 m² und einer Höhe von max. 2,50 m auf der hinteren nicht überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Die hintere Baugrenze darf für diese Nebenanlagen ausnahmsweise überschritten werden.

§3 Natur, Landschaft und Pflanzungen (gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB)

§3(1) Allgemeine Festsetzungen

- Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 (1) Nr. 20, 25 und 26 BauGB / Grundflächen § 9 (1) Nr. 15 BauGB)
- 1) Für sämtliche Bepflanzungsmaßnahmen gelten die Vorschriften der DIN 18815 (Herstellung von Vegetationsdecken) und DIN 18816 (Wurzelbereich von Bäumen und Sträuchern). Die Qualitätsbestimmungen des Bundes Deutscher Baumschulen (BDB) in der Qualität A zu beachten
- 2) Für alle zu pflanzenden Gehölze sind die in den Pflanzlisten aufgeführten Mindestqualitäten zu verwenden und fachgerecht zu verankern
- 3) Die Gehölzpflanzungen sind dauerhaft zu unterhalten, abgängige Gehölze sind durch Nachpflanzung bis 5 Jahre nach der Anlage zu ersetzen
- 4) Für die Gestaltung der privaten Freizeitanlagen ist mit dem Bauantrag ein Freizeitanlagenplan (mit Pflanzliste) einzureichen
- 5) Neu zu verlegende Leitungen sind entlang von vorhandenen Bäumen außerhalb des Kronen- und Wurzelbereichs zu führen. Müll in einem begrüntem Feld dieser Abstände unterschritten werden und Schutzmaßnahmen des Kronenbereichs durch Wurzelbereiche von Bäumen vorarbeiten im Wurzelbereich von vorhandenen Bäumen vorarbeiten nicht anders möglich, sind für Leitungen durch Handanordnung oder durch Rohrtriefverfahren zu legen
- 6) Die Pflanzung von Gehölzen ist ein Abstand von mindestens 1,00 m einzuhalten. Eine Unterschreitung des Mindestabstandes ist nur unter Berücksichtigung der Anwendung des RAS (G 4) zulässig
- 7) Pflanzflächen für Bäume müssen eine Mindestgröße mit einer Länge von 2 m und einer Breite von 3 m besitzen. Die Unterschreitung der Mindestgrößen durch Fundamente, Rückensützen oder sonstige bauliche Einrichtungen ist unzulässig

§3(2) Festsetzungen von Einzelmaßnahmen

A1 Fläche A1

Auf der Fläche ist ein Quellgebiet zu entwickeln und die vorhandene Gartennutzung einzustellen. Hierzu ist nördlich der Ausbreitungsstelle in einer flach anliegenden Mulde ein Quellsumpf zu entwickeln und erst danach das Wasser in den angrenzenden Graben abzuleiten. Die auf der Fläche befindlichen Gebäude sowie sonstige Anlagen, Ablagerungen und nicht standortgerechte Gehölze sind zu entfernen. Entlang der westlichen und südlichen Grenze ist eine 2-reihige Hecke aus Arten der Pflanzliste 1 im Pflanzverband 15 x 15 m anzulegen. Die Fläche ist danach der Sukzession zu überlassen

A2 Fläche A2

Entlang des Grabens ist beidseitig ein mindestens 7 m breiter Grünstreifen als Überschnittrast auszubilden. Wobei beidseitig der ersten 3 m ab Grabenränder der Sukzession zu überlassen sind. Die übrige Grundfläche ist extensiv als Wiese zu pflegen. Ablagerungen oder Aufschüttungen auf der Fläche sind nicht zulässig, vorhandene Ablagerungen (Komposthaufen) sind zu entfernen. Vorhandene Verrohrungen sowie Abriegelungen des Grabens und bauliche Anlagen vor allem im Bereich des Flurstückes 163 sind zu entfernen. Vorhandene standortgerechte Gehölze sind zu erhalten und langfristig zu pflegen, nicht standortgerechte Gehölze sind zu entfernen. Entlang der westlichen und südlichen Grenze ist eine 1-2-reihige Strauchpflanzung der Pflanzliste 1 im Pflanzverband 15 x 15 m vorzunehmen.

A3 Fläche A3

Zwischen Quellteich und Kullache ist ein neuer Verbindungsgarten naturnah anzulegen. Beidseitig des Grabens ist ein mindestens 6 m breiter Grünstreifen als Überschnittrast auszubilden, wobei beidseitig der ersten 3 m ab Grabenränder der Sukzession zu überlassen sind. Die übrige Grundfläche ist extensiv als Wiese zu pflegen. Entlang der östlichen Grenze ist eine nicht durchgängige 1-2-reihige Strauchpflanzung der Pflanzliste 1 mit Pflanzverband 15 x 15 m vorzunehmen.

A4 Fläche A4 Quellteich

Der Quellteich ist als wertvolles Feuchtgebiet dauerhaft zu erhalten und zu entwickeln. Der vorhandene Überlauf an der Geuzer Straße ist zu schließen und ein neuer Überlauf zur Kullache an der nördlichen Seite anzulegen. Diesen bindet in den Graben der Fläche A3 ein. Die auf der Fläche befindlichen Gebäude sowie sonstige Anlagen sind zu entfernen, die Grundflächen sind extensiv zu pflegen. Der vorhandene Gehölzbestand ist zu erhalten. Entlang der Grenze zur östlichen neuen Wohnbebauung sowie zum Kinderspielfeld ist eine 3-reihige Strauchpflanzung gemäß Pflanzliste 1 anzulegen.

A5 Fläche A5

Die Kullache ist als wertvolles Feuchtgebiet dauerhaft zu erhalten und zu entwickeln. Eine Nutzung als Angel- oder Aufzuchtgewässer sollte aus Gründen des Amphibienerschutzes sowie der Erhaltung der Wasserqualität unterbleiben.

A6 Fläche A6

Die Grundfläche ist mit Sträuchern und Heistern der Pflanzliste 1 und 2 zu bepflanzen.

A7 Fläche A7

Der Gehölzstreifen ist dauerhaft zu erhalten, abgängige Gehölze sind umgehend mit standortgerechten Gehölzen gemäß Pflanzliste 2 zu ersetzen. Aufkommende Gehölzsukzession ist zu belassen. Eine Ergänzungspflanzung ist vorzunehmen. Dabei sind auf ca. 200 m² insgesamt 30 Heister gemäß Pflanzliste 2 zu pflanzen.

E Erhaltungsf Flächen

E1 / E2 Der Gehölzstreifen ist dauerhaft zu erhalten. Abgängige Gehölze sind umgehend mit standortgerechten Gehölzen gemäß Pflanzliste 2 zu ersetzen. Lücken mit einer Größe ab 10 qm sind mit Sträuchern der Pflanzliste 1 zu bepflanzen. Entlang der Grundstücksgrenze zum Wohngebiet WA 2 ist ein 2,5 m breiter Krautraum auszubilden. Aufkommende Verbuschung in diesem Bereich ist regelmäßig zu beseitigen. Entlang der Straßengrenze im Süden ist ein 1,5 m breiter Streifen mit standortgerechten max. 1,5 m hohen Sträuchern zuzupflanzen.

E3 Entlang der Straßengrenze ist ein 2,5 m breiter Streifen mit standortgerechten max. 1,5 m hohen Sträuchern zu bepflanzen.

C Kinderspielfeld

Auf der Grundfläche Spielfeld sind mindestens 10 hochstämmige Laubbäume gemäß Pflanzliste 3 zu pflanzen. Fläche private Klein- und Nutzgarten

§3(3) Weitere textliche Festsetzungen

Pro angefangene 100 m Grundstücksfläche des WR-Gebietes und des WA2-Gebietes ist ein hochstämmiger Laubbau gemäß Pflanzliste 3, ersatzweise ein hochstämmiger Obstbaum zu pflanzen und dauerhaft entsprechend den Allgemeinen Festsetzungen zu unterhalten.

§3(4) Zuordnung

Die Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft werden als Ausgleichsflächen den Eingriffen, die durch die Festsetzungen als Reines Wohngebiet, als Allgemeines Wohngebiet bzw. als Straßengrenze entstehen, wie folgt zugeordnet:

Die Durchführung der Maßnahmen auf den Flächen A3 und A4, gleichen Eingriffe im WA 2 aus.

Die Durchführung der Maßnahmen auf der Fläche A5, gleichen Eingriffe im WR/Teilfläche (im Inneren Pflanzgebiet) aus.

Die Durchführung der Maßnahmen auf der Fläche A1, gleichen Eingriffe im WR/Teilfläche (im Inneren Pflanzgebiet) aus.

Die Durchführung der Maßnahmen auf der Fläche A2, gleichen Eingriffe im WR/Teilfläche (langfristig an A2 und A3) aus.

Die Durchführung der Maßnahmen auf der Fläche A6 und A7, gleichen Eingriffe durch den Bau der Erschließungsstraßen (Planstraße A1 und Planstraße B1) aus.

Die Durchführung der Maßnahmen auf den Flächen E1, E2 und E3 obliegen den Grundstückseigentümern.

§3(5) Realisierung der Grünordnung

1. Die Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen obliegt dem jeweiligen Eingriffsverursacher entsprechend der Zuordnung § 3 (4). Über die Übernahme der vorgestellten Pflanz- und Ausgleichsflächen durch die Kommune sind vertragliche Vereinbarungen zu treffen. Die Durchführung der sonstigen Bepflanzungsmaßnahmen obliegt dem jeweiligen Eigentümer.
2. Die Fertigstellung der Ausgleichsmaßnahmen sowie der sonstigen Bepflanzungsmaßnahmen hat spätestens 6 Monate nach dem Abschluss der jeweiligen Bauarbeiten zu erfolgen.
3. Der Abschluss der Pflanzungen ist der Unteren Naturschutzbehörde mitzuteilen.

§ 4 Schallschutzmaßnahmen

Wandöffnungen (Fenster, Türen, Belüftungen) von Wohn-, Schlaf- und sonstigen schutzbedürftigen Räumen sind an den südlichen Giebelfassaden des Allgemeinen Wohngebietes WA2 unmittelbar zur Fasanerieallee sowie an der westlichen Giebelfassade des Allgemeinen Wohngebietes WA2 unmittelbar zur Leitzer Straße nicht zulässig. Ausnahmeweise können die schutzbedürftigen Räume in den genannten Giebelfassaden mit Wandöffnungen versehen werden, wenn im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens nachgewiesen wird, dass Schallschutzfenster mit mechanischer Be- und Entlüftung eingebaut werden.

B Örtliche Bauvorschriften gemäß § 87 BauO LSA vom 23.06.1994 i.V.m. § 9 (4) BauGB

§1 Dächer

- (1) Dächer sind als symmetrisch geneigte Sattel- oder Krüppelwäldächer mit einer Dachneigung von 30° - 42° auszuführen.
- (2) Als Dachbedeckung sind Ziegel bzw. Dachsteine in der Farbe rot - rotbraun oder schwarz - grau zu verwenden.
- (3) Solaranlagen und Wintergärten sind zulässig.
- (4) Dachaufbauten sind grundsätzlich zulässig. Sie sind in Farbe, Konstruktion und Material dem nachfolgenden anzupassen.

§2 Gebäudehöhen

Die festgesetzten Traufhöhen beziehen sich jeweils auf die Höhe der Fahrbahnseite der festgesetzten Verkehrsfläche, gemessen mittig vor dem Baugrundstück. Die Traufhöhe ist der Schnittpunkt zwischen den Außenflächen der Außenwand (parallel zum First) und der Dachhaut.

§3 Fassaden

- (1) Die Außenwandflächen sind als helle, geackerte Putzfassade auf der Basis der Grundflächen weiß, grau, beige oder als verblenderbauteck (weiß, gelb, rot - rotbraun) zu gestalten.
- (2) Das Fassadengestaltung mit spiegeln, Fliesen oder Platten, Metall und Kunststoff sowie Imitationen (Ziegel, Naturstein, ...) ist nicht zulässig.

§4 versiegelte Flächen

Private Stellplätze sind wasserdurchlässig mit mindestens 25 % Lagenanteil (z.B. breittufig versiegelt, Rastplättchen, Rasengitterplatten, etc.) zu befestigen.

§5 Grundstückseinfriedungen

Die Höhe der festen, baulichen Grundstückseinfriedungen (Mauer oder Zaun) entlang öffentlicher Verkehrsflächen darf 1,0 m nicht überschreiten.

C Hinweise

1. Denkmalschutz

Falls bei der Realisierung der geplanten Bebauung bei Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, müssen diese unverzüglich bei der zuständigen Denkmalschutzbehörde (§ 9 (3) des Denkmalschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 21.07.1997) angezeigt werden. Die Funde und Fundstellen sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige zu erhalten und vor negativen Einwirkungen zu schützen. Erd- und Bauarbeiten, bei denen zu vermuten ist, daß Kulturdenkmale entdeckt werden, bedürfen gemäß § 14 (2) Denkmalschutzgesetz i.S.d. der Genehmigung der Unteren Denkmalschutzbehörde und sind nachträglich anzuzeigen. Wenn die Untere Denkmalschutzbehörde nicht innerhalb von 4 Wochen widerspricht, gilt die Genehmigung als erteilt.

2. Baumschutzsatzung

Für alle vorhandenen Bäume gilt die Baumschutzsatzung der Stadt Köthen vom 14.12.2000, geändert zuletzt durch die 1. Änderungssatzung vom 25.10.2001. Notwendige Baumfällungen sind entsprechend zu beantragen und durch Nachpflanzungen zu ersetzen.

3. Nachbarschaftsgesetz

Die Regelungen des Nachbarschaftsgesetzes LSA vom 31.11.1991 sind bei allen Pflanzungen zu beachten.

4. Baugrund

Die vorgelagerten hydrogeologischen Besonderheiten lassen prinzipiell die Bebauung des Geländes zu. Durch den vorhandenen Druckwasserspiegel ist jedoch mit einem erhöhten Grundwasserspiegel zu rechnen. Es können gegen Auftrieb gesicherte Wannenfundamente oder Pfahlgründungen in Frage. Wasserhaltungsmaschinen in der Bauphase sind erforderlich. Konkrete Baugrundeigenschaften für jedes Bauwerk sind im Rahmen der Baugenehmigung erforderlich.

5. Bodenbelastungen/AH/Asien

Auf Flächen mit bis zu 2,4 m mächtigen Auffüllungen und/oder Kohlestaubbilagerungen wurde eine geringfügige Schadstoffbelastung (PAK, EOX, Schwermetall) festgestellt. Zur Gewährleistung der zukünftigen sensiblen Nutzung ist entweder eine Abtragung der Ablagerungen oder deren Abdeckung mit unbelasteten Boden (BESA 20) notwendig.

PFLANZLISTEN:

- Pflanzliste 1:** Sträucher, verpflanzt, 3-4 Triebe, 80-120 cm
- Felsenbirne (Betula pendula)
 - Weißdorn (Crataegus monogyna)
 - Pfaffenhütchen (Elaeagnus argentea)
 - Schlehe (Prunus spinosa)
 - Veigeebe (Cornus alba)
 - Felsenrose (Rosa arvensis)
 - Heckenrose (Rosa rugosa)
 - Faulbaum (Rhamnus frangula)
 - Schwarzer Holunder (Sambucus nigra)
 - Salweide (Salix caprea)
 - Buchweide (Salix fragilis)
 - Mandelweide (Salmia mandral)
 - Traubenholunder (Sambucus racemosa)
 - Eichen (Quercus robur)
- Pflanzliste 2:** Bäume als Heister, 100-150 cm
- Vogelbeere (Cornus alba)
 - Vogelkirsche (Prunus avium)
 - Schwarzerpappel (Populus nigra)
 - Sommerlinde (Tilia platyphyllos)
 - Haselnuss (Corylus avellana)
 - Sanddorn (Elaeagnus argentea)
 - Rotdorn (Rosa rugosa)
 - Weide (Salix alba)
- Pflanzliste 3:** Hochstämme, STU 14-18 cm
- Felsenbirne (Betula pendula)
 - Haselnuss (Corylus avellana)
 - Esche (Fraxinus excelsior)
 - Sommerlinde (Tilia platyphyllos)
 - Stieleiche (Quercus robur)
 - Winterlinde (Tilia cordata)

TEIL A – PLANZEICHNUNG



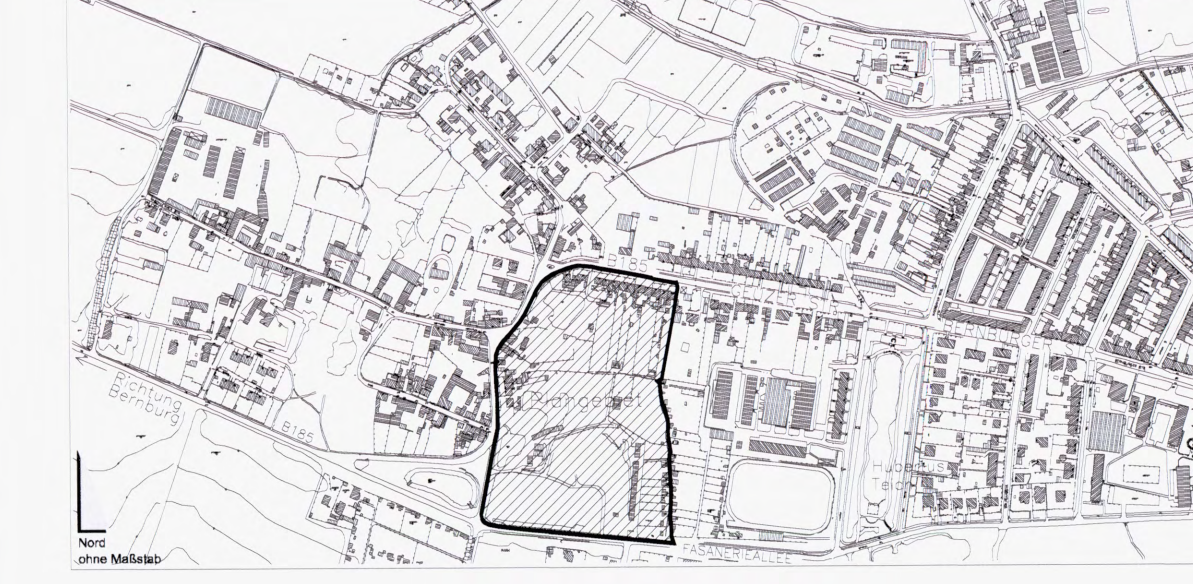
PLANZEICHNERKLÄRUNG

- WA** Allgemeine Wohngebiete
- WR** Reine Wohngebiete
- 2W6** Beschränkung der Zahl der Wohnungen
- 0.4** GRZ Grundflächenzahl als Höchstmaß
- I** Zahl der Vollgeschosse
- max TH = 4,00m** maximale Traufhöhe
- ↔** Hauptfrischrichtung
- 0** offene Bauweise
- △** nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- g** geschlossene Bauweise
- Baugrenze
- ▲** Baulinie
- Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen i.S.d. Bundes-Immissionsschutzgesetzes
- Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen
- besonderer Zweckbestimmung
- Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
- hier:** **V** Verkehrsberuhigter Bereich **P** Parkfläche
- F+R** Fuß- und Radweg
- △** Flächen für Versorgungsanlagen
- hier:** Werkstoffsammlung
- Grünflächen**
- hier:** **Ö** öffentliche Grünfläche **g** Zweckbestimmung
- p** private Grünfläche **—** private Nutz- und Wohnflächen
- Dauerkriegengarten **A1** Ausgleichsflächen
- E1** Erhaltungsf Flächen für Gehölzbestand
- Wasserrflächen
- Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
- Anpflanzung von 1 großkronigem Laubbau (Linde - Tilia cordata)
- Erhaltung von Bäumen
- Umgrenzung von Flächen zur Erhaltung von Bäumen und Sträuchern
- Einzelanlagen (unbewegliche Kulturdenkmale), die dem Denkmalschutz unterliegen
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 2. Änderung des Bebauungsplanes
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 1. Änderung des Bebauungsplanes
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen

STADT KÖTHEN (ANHALT)

Bebauungsplan Nr. 11 "Geuzer Strasse"

2. ÄNDERUNG mit textlichen Festsetzungen



Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 "Geuzer Strasse" wurde ausgearbeitet von: Kerstin Jirsch gezeichnet von: Grit Kapuscinski Stadtverwaltung Köthen (Anhalt) Abt. Stadtplanung Wallstraße 1-5 06366 Köthen (Anhalt) Fassung vom 09.09.2009